

Notunterkunft für
Vertriebene in
Düsseldorf 1949



Hitlers letzte Opfer

Nach dem Verlust ihrer Heimat wurden zwölf Millionen Vertriebene auch von ihren Landsleuten im Westen ausgegrenzt. Politiker und Flüchtlingsfunktionäre nährten lange die illusionäre Hoffnung auf eine Rückkehr.



Von NORBERT F. PÖTZL

Jahrelang hatte der Propagandaminister die „Volksgemeinschaft“ beschworen, die auch in der Not zusammenstehe. Das deutsche Volk, hatte Joseph Goebbels wenige Wochen nach Kriegsbeginn im Berliner Sportpalast ausgerufen, habe „mehr als einmal unter Beweis gestellt, dass es bereit ist, für seine nationale Gemeinschaft jedes Opfer auf sich zu nehmen“. Und im September 1940 hatte er bei der Eröffnung des „2. Kriegswinterhilfswerks“ die „soziale Volksgemeinschaft“ als „das höchste Glück“ gerühmt.

Als Goebbels aber im März 1945 in Brandenburg Trecks von Volksdeut-

schen begegnete, die die Nazis einst von Russland nach Polen umgesiedelt hatten und die nun vor der Roten Armee westwärts flohen, notierte er angewidert in sein Tagebuch: „Was da unter der Marke deutsch in das Reich hineinströmt, ist nicht gerade erheiternd.“

Nach dem Ende des Krieges war von der oft gepriesenen Solidarität auch im Volk nicht mehr viel übrig. Als Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aus den Siedlungsgebieten im Osten verjagt wurden und in das zerstörte Rest-Deutschland drängten, waren sie für die meisten Einheimischen keine Landsleute mehr, sondern unerwünschte Fremdlinge.

Sie wurden als „Polacken“ beschimpft, obwohl sie gerade wegen ihres Deutschseins aus der angestammten Heimat aus-

gewiesen worden waren. Vertriebenen-siedlungen wurden als „Neukorea“ oder „Bolschewikien“ verspottet.

Der Flensburger Landrat Johannes Tiedje grenzte sich gar mit rassistischen Klischees von den unfreiwillig Zugezogenen ab: Er legte dar, „dass wir Niederdeutschen und Schleswig-Holsteiner ein eigenes Leben führen, das in keiner Weise sich von der Mulattenzucht ergreifen lassen will, die der Ostpreuße nun einmal im Völkergemisch getrieben hat“.

Das Gift der Nazi-Propaganda, jahrelang gegen osteuropäische „Untermenschen“ verspritzt, wirkte nun auch gegen die Deutschen, die aus dem Osten kamen.

Selbst die alliierten Besatzer, die dem NS-Mythos der deutschen „Volksgemein-

schaft“ aufgefressen waren, wunderten sich über das Ausmaß der Feindseligkeit und Ausgrenzung. Der amerikanische General Charles P. Gross äußerte sich erstaunt über „Gleichgültigkeit und Mangel an Hilfsbereitschaft“ der einheimischen Bevölkerung gegenüber ihren vertriebenen Landsleuten.

Mancherorts hieß es, „die drei großen Übel“ der Zeit seien „die Wildschweine, die Kartoffelkäfer und die Flüchtlinge“.

Rund 12 Millionen Vertriebene trafen bis in die fünfziger Jahre in die Westzonen beziehungsweise der Bundesrepublik (7,9 Millionen) und in der Sowjetzone/DDR (4,1 Millionen) ein, mehrere hunderttausend waren bei Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen.

Die DDR war bestrebt, die vertriebenen Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn – nunmehr sozialistischen Bruderstaaten – zwangsweise zu assimilieren: Die SED versuchte jede Erinnerung an die alte Heimat zu unterdrücken, Liedgut aus den früheren Ostgebieten wurde im Radio nicht gespielt, Kritik an der Oder-Neiße-„Friedensgrenze“ stand unter Strafe (siehe Seite 122). Im Kontrast dazu feierte die Bundesrepublik rückblickend die angeblich rundum geglückte Integration ihrer Neubürger – was zumindest anfangs auch nicht stimmte.

Es habe kein „Gefühl nationaler Schicksalsgemeinschaft“ gegeben, beklagte vor einigen Jahren der Publizist Rüdiger Safranski, 1945 im schwäbischen Rottweil geboren, „aber noch in Königsberg gezeugt“: „Die Westdeutschen wollten mit dem Leid der Vertriebenen nicht behelligt werden.“

Der Osteuropa-Historiker Andreas Kossert, der in seinem 2008 erschienenen Buch „Kalte Heimat“ den schwierigen Neubeginn schildert, erklärt diese Abwehrhaltung auch psychologisch: „Die Ankunft der Millionen Vertriebenen“ habe „wie ein physischer Beweis“ gewirkt, „dass der Krieg verloren war“. Nun seien die Vertriebenen „eine Hypothek, eine lästige Erinnerung“ gewesen.

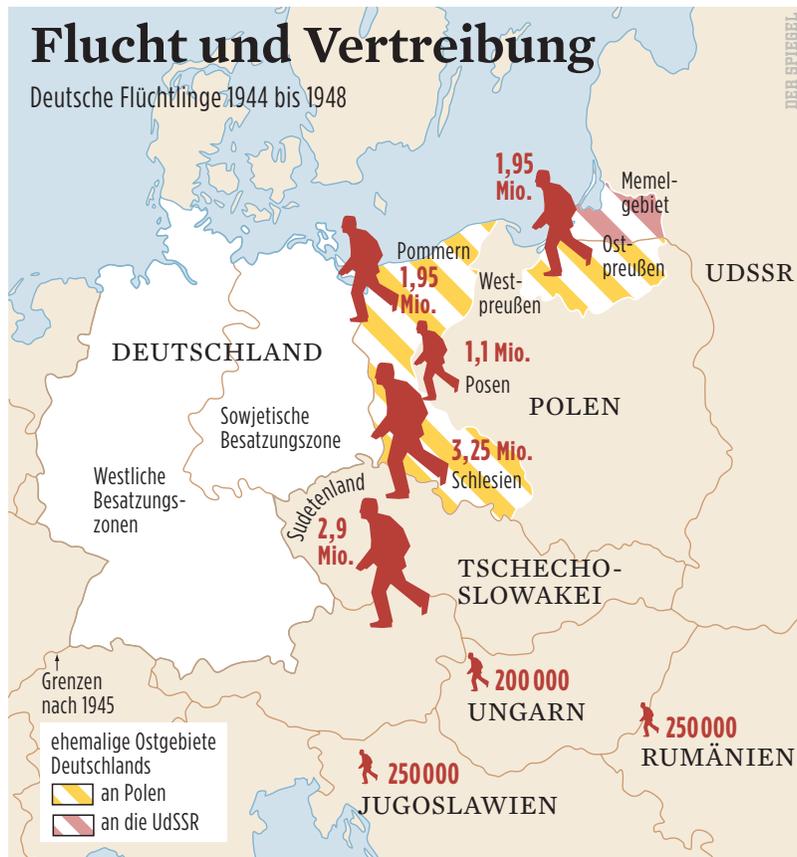
Die jetzt in Flüchtlingstrecks und mit Güterzügen in die Westzonen kamen,

triebene aufnehmen musste. Mancher Kommunalbeamte sparte Freunde und Verwandte bei der Zuweisung aus, einige versuchten mit Tricks, Fremde fernzuhalten. So berichtete der Landrat des Rheingaukreises, Peter Paul Nahm, im April 1946 von einem Vorfall in Kiedrich: „Obwohl jemand 18 freie Zimmer hat, stellt er den Antrag, die Wohnräume unter Denkmalschutz zu nehmen, um so der Einweisung von Ostflüchtlingen zu entgehen.“

Für die Alteingesessenen waren sie bestenfalls Exoten. Die Neuankömmlinge brachten die hergebrachten Sitten und Strukturen durcheinander. Plötzlich wurden bislang rein evangelische Landstriche von katholischen Schlesiern und Sudetendeutschen bevölkert oder katholische Gegenden von protestantischen Pommern und Ostpreußen durchmischt. Die Städter aus dem Osten fanden in Städten des Westens schon aufgrund von 4,3 Millionen vom Bomben zerstörten Wohnungen meist keinen Platz. Also mussten auch sie sich größtenteils auf dem Dorf durchschlagen, wo man ihnen oft besonders engstirnig begegnete.

Sie hatten sich nicht aussuchen können, wohin sie kamen. Die Alliierten hatten sich auf bestimmte Kontingente für ihre Besatzungszonen geeinigt und brachten die Vertriebenen dort unter, wo noch Kapazitäten vorhanden schienen.

Damit sich die Vertriebenen nicht zusammenrotteten und womöglich Unruhe schürten, waren die Besatzungsmächte auch darauf bedacht, die Neuankömmlinge nicht in geschlossenen Gruppen, sondern weit verstreut anzusiedeln. So sollten soziale Kontakte untereinander verhindert und eine rasche Verschmelzung mit den Einheimischen er-



hatten früher nicht leidenschaftlicher „Heil Hitler!“ gerufen und sich nicht häufiger an den Verbrechen der Nazis beteiligt als der Durchschnitt der weiter westlich lebenden Menschen. Trotzdem hatten die Vertriebenen kollektiv den höchsten Preis für den von Hitler entfesselten Krieg und die Verbrechen der Nazis zu bezahlen, egal, ob sie persönlich schuldig geworden waren oder nicht. Die Vertriebenen waren Hitlers letzte Opfer.

Bürgermeister und örtliche Kommissionen hatten zu entscheiden, wer Ver-

„Die Ankunft der Millionen Vertriebenen wirkte wie ein physischer Beweis, dass der Krieg verloren war.“

zwungen werden. Besonders grotesk war der Fall von 2000 Vertriebenen aus einer donauschwäbischen Gemeinde, die auf 158 Ortschaften der westlichen Besatzungszonen verteilt wurden.

Ausnahmen, wo alle zusammenbleiben durften, gab es nur in einigen wenigen Vertriebenengemeinden. Sie entstanden meistens aus Flüchtlingslagern, etwa Neugablonz als Stadtteil von Kauf-

aber doch „geschlossenen Wohngebieten“ ansiedeln sollen, „um so das gemeinsame Geisteserbe“ Ostdeutschlands bewahren zu können – nicht zuletzt die unterdessen „praktisch verlorenen Dialekte“; immerhin sei zum Beispiel Schlesi- sch „die Wiege der deutschen Barockliteratur“ gewesen. Grass: „Es ist auch ein Stück Kultur verloren gegangen, und zwar unwiederbringlich.“

lob bedacht, aber auch zunehmend als geschichtsvergessen kritisiert wird.

„Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung“ heißt es gleich unter Punkt 1 der „Charta“. „Als würde man auf etwas verzichten, was einem zustehe“, moniert etwa der Oldenburger Historiker Hans Henning Hahn.

Und die Selbstdefinition der Vertriebenen als der „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ blendet völlig aus, dass es zuvor infolge der Nazi-Herrschaft Millionen Tote gegeben hatte.

Der Publizist Ralph Giordano nennt die „Charta“ deshalb „ein klassisches Beispiel historischer Unterschlagungen“ und „ein überzeugendes Dokument innerer Beziehungslosigkeit zur Welt der Nazi-Opfer“.

Die „damalige moralische Desorientierung der Charta-Autoren“ (Hahn) erklärt sich zum Teil daraus, dass von den 30 Unterzeichnern 20 in der NSDAP oder Mitglied der SS waren, wie der Saarbrücker Historiker Erich Später detailliert dargelegt hat:

etwa der Bukowina-Deutsche Rudolf Wagner, der im Wannsee-Institut der SS, einer Planungsinstitution für die „völkische“ Neuordnung Europas, gearbeitet hatte; oder der ehemalige SS-Sturmbannführer Erik von Witzleben, dessen Karriere von SS-Chef Heinrich Himmler persönlich gefördert worden war und der nun als Sprecher der Landsmannschaft Westpreußen unterschrieb.

Von rund 200 Vertriebenenfunktionären der ersten drei Jahrzehnte hatte etwa ein Drittel der Hitler-Partei angehört – in der Gesamtbevölkerung war 1945 jeder fünfte Erwachsene „Parteigenosse“. Doch der Bund der Vertriebenen (BdV), der 1957 aus einer Fusion der bis dahin bestehenden Dachorganisationen hervorging, bremst bis heute eine wis-



Speisung in dem Flüchtlingslager Wipperfürth 1956

beuren im Allgäu, wo sich Glasschmuckhersteller aus dem nordböhmischen Gablonz niederließen, oder Espelkamp in Nordrhein-Westfalen.

Nicht nur der schon an der NS-„Volkforschung“ beteiligte Vertriebenensoziologe Max Hildebert Boehm beklagte diese „vollkommene Zerstückelung, Zerstreuung und Zerstörung der ostdeutschen Volkstumsgruppen“. Auch ein Linker wie Günter Grass erklärte, man habe „die ostdeutschen Provinzen zweimal verloren“: zuerst territorial als Ergebnis des selbstverschuldeten Weltkriegs, dann aber auch kulturell durch die selbstverschuldeten Fehler der Nachkriegszeit.

Man hätte, meint Grass, die Flüchtlinge nach 1945 zwar nicht in isolierten,

Die Militärbehörden verhängten über die Vertriebenen zudem ein absolutes Koalitionsverbot – aufgelöst wurden sogar Selbsthilfeorganisationen wie die „Südostdeutsche Hilfsstelle“.

Erst im April 1949 durfte ein „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ (ZvD) als Zusammenschluss der auf Länderebene bereits gegründeten Landsmannschaften geschaffen werden. Seit Anfang der fünfziger Jahre firmierte der ZvD als „Bund der vertriebenen Deutschen“ (BvD). Daneben entstanden im August 1949 die „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ (VOL).

Gemeinsam veröffentlichten sie 1950 eine „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“, die bis heute in Feierstunden zum „Tag der Heimat“ oft mit Politiker-

senschaftlich fundierte Aufklärung seiner eigenen Geschichte.

Die fatalen Formulierungen der Charta waren freilich auch die Folge einer „Opferkonkurrenz“, schreibt der Historiker Michael Schwartz: Die mehrheitlich alteingesessenen Bundesbürger sahen, wie eine Meinungsumfrage von 1951 belegt, in erster Linie die Kriegerverwitwen, Invaliden und Bombengeschädigten als hilfebedürftig an; die Vertriebenen rangierten ziemlich am Ende der Opferskala – und erst ganz zuletzt kamen die damals kaum beachteten jüdischen NS-Verfolgten.

Auch die Währungsreform 1948, mit der das westdeutsche „Wirtschaftswunder“ begann, benachteiligte die Flüchtlinge: Sie bekamen zwar, wie jeder, 40 Mark Kopfgeld, verfügten aber, anders als die Einheimischen, über keinerlei Sachwerte.

Erst mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952 kam eine sozialpolitische Förderung der Vertriebenen in Gang – die bei Einheimischen Neid und Missgunst weckte. Hartnäckig hielt sich das Gerücht, die Entschädigung sei großzügig und in vielen Fällen durch fiktive Angaben über den verlorenen Besitz erschlichen.

Tatsächlich glichen die Zahlungen nach Schätzungen durchschnittlich nur 22 Prozent der ohnehin unterbewerteten, gründlich geprüften Vermögensverluste aus. Die Entschädigungen linderten die schlimmste Not und waren eine willkommene Starthilfe – mehr aber nicht.

Eine politische Partei der Vertriebenen verbuchte unter diesen Umständen schnelle Anfangserfolge, überdauerte aber nur wenige Jahre. Der „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), gegründet im Januar 1950, erhielt im selben Jahr bei der Landtagswahl im flüchtlingsstarken Schleswig-Holstein 23,4 Prozent der Stimmen, bei der Bundestagswahl 1953 (mit dem Zusatz „Gesamtdeutscher Block“) immerhin 5,9 Prozent. 1957 scheiterte der BHE

knapp an der Fünfprozenthürde, danach versank er in der Bedeutungslosigkeit. Seine Funktionäre wechselten zu etablierten Parteien, vornehmlich zur CDU.

Um die Wählerstimmen der Vertriebenen buhlten sie alle. 1949 stellten Flüchtlinge und Vertriebene 16 Prozent der westdeutschen Bevölkerung. Zwar hielt schon der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) die deutschen

ren, könnten sie nach Schlesien und Pommern zurückkehren, ja sogar in das von der Sowjetunion annektierte Königsberg. Viele Vertriebene wollten Adenauers Versprechungen glauben. Sein Großvater, berichtete Günter Grass vor einigen Jahren, habe „noch jahrelang gehofft, dass er eines Tages seine Tischlerei in Danzig wieder in Gang setzen könne“: „Er saß auf den Koffern, bis er gestorben ist.“

Offiziell forderte Adenauer eine Revision der Potsdamer Beschlüsse. Bereits in seiner ersten Regierungserklärung 1949 kündigte der Kanzler eine umfassende Denkschrift an, die beweisen sollte, „dass die Austreibung der Vertriebenen in vollem Gegensatz zu den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vorgenommen worden“ sei.

Zahlreiche renommierte Wissenschaftler unter der Leitung des früher in Königsberg, seit 1948 in Köln lehrenden Historikers Theodor Schieder erarbeiteten eine fünfbandige Dokumentation, die auf rund 5000 engbedruckten Seiten Zehntausende Berichte von Augen- und Zeitzeugen sowie amtliche Dokumente bietet.

Schieder war freilich dem NS-Regime eng verbunden gewesen und hatte Vertreibungen wenige Jahre zuvor noch gefordert – allerdings Zwangsmigrationen von Polen aus den 1939 durch Deutschland annektierten Gebieten im heutigen Nordwesten Polens: „Die Herstellung eines geschlossenen deutschen Volksbodens“, hatte Schieder

damals in einer Denkschrift formuliert, mache „Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig“.

Zudem verfolgte das Vertriebenenministerium als Auftraggeber der Dokumentation eine eindeutig politische Absicht: Man wollte, wie der erste Vertriebenenminister Hans Lukaschek (CDU) freimütig sagte, damit das Potsdamer Abkommen, mit dem 1945 die Oder-Neiße-Grenze festgelegt worden war, anfechten, falls es zu Friedensverhandlungen käme.

Der breiten Öffentlichkeit blieben die Opferberichte vorenthalten. Die 1960 ab-



Plakat des BHE zur Bundestagswahl 1953

Ostgebiete dauerhaft für verloren, öffentlich redete er aber ganz anders. Dabei war zumindest fraglich, ob er wirklich ein Herz für die Heimatlosen hatte: „Wir wollen“, beklagte er sich gelegentlich über die Anstellung schlesischer Schulräte in seinem Rheinland, „den ostischen Geist hier nicht haben.“

Noch 1953 hielt Adenauer „eine Art Kondominium oder eine Verwaltung der Ostgebiete durch die Vereinten Nationen“ für denkbar. „Wenn Polen wieder ein freier Staat sein wird“, versprach er den Vertriebenen in den folgenden Jah-

Adenauer hielt die Ostgebiete zwar **dauerhaft für verloren**, öffentlich redete der erste Bundeskanzler aber ganz anders.

DAUERSTREIT UM DIE VERTREIBUNGSSTIFTUNG

Versöhnen oder verhöhnen

Die 2005 von der Großen Koalition vereinbarte Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ sollte zur internationalen Verständigung beitragen. Doch seither herrscht Dauerstreit um das Projekt.

Ein Störfaktor von Anfang an war Erika Steinbach, seit 1998 Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV). Für viele Polen ist die CDU-Bundestagsabgeordnete die personifizierte Provokation: Sie wurde 1943 als Tochter eines Besatzungssoldaten aus Hanau und einer Mutter aus Bremen im annektierten „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ geboren, kann mithin nur bedingt als Heimatvertriebene gelten. Außerdem stimmte sie 1991 neben anderen Unionsabgeordneten gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Vorbehalte des BdV gegen die Aufnahme der „Vertreiberstaaten“ Polen und Tschechien in die Europäische Union heizten die Stimmung zusätzlich an.

Zwar verzichtete Steinbach nach langen Querelen auf einen Sitz im Stiftungsrat, setzte aber für den BdV 6 statt 3 Vertreter in dem von 13 auf 21 Köpfe erweiterten Gre-

mium durch. Zwei der stellvertretenden Mitglieder aus den Reihen des BdV fielen durch Äußerungen auf, die, so Raphael Gross, Direktor des Jüdischen Museums in Frankfurt am Main und Mitglied des wissenschaftlichen Beraterkreises der Stiftung, „den Wunsch nach Versöhnung – den Stiftungszweck also – geradezu verhöhnen“.

Der eine, Arnold Tölg, BdV-Landeschef in Baden-Württemberg, hatte die Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter für unnötig erklärt. Der andere, Hartmut Saenger, Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft, deutete gar die Ursachen für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs eigenwillig um: „Alle Großmächte“ hätten im Sommer 1939 „eine erstaunliche Bereitschaft zum Krieg“ gezeigt, und „besonders kriegerisch“ habe sich Polen aufgeführt.

Steinbach stellte sich hinter die umstrittenen BdV-Kollegen. Zu den Kriegsschuldthesen Saengers erklärte sie, „der dargestellte Sachverhalt“ gehöre „zum Grund-

wissen eines jeden Zeithistorikers“. Patzig kommentierte sie, sie könne es „leider auch nicht ändern, dass Polen bereits im März 1939 mobilgemacht hat“ – wobei sie unterschlug, dass dies eine Reaktion auf die Gefahr eines deutschen Angriffs war.

Historiker aus Polen und Tschechien verließen unter Protest den wissenschaftlichen Beirat, die leeren Plätze sind inzwischen wieder besetzt. Die beiden Vertreter des Zentralrats der Juden lassen ihr Mandat im Stiftungsrat derzeit ruhen.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) mahnte den Bund der Vertriebenen, das Vorhaben nicht durch „problematische Vertreter“ zu gefährden. Der gebürtige Breslauer, Mitglied im Stiftungsrat, erinnerte daran, dass die 2008 per Gesetz geschaffene Stiftung nicht mehr das einst vom BdV initiierte „Zentrum gegen Vertreibung“ sei, „wie es Frau Steinbach wollte“, vielmehr sei es „jetzt ein Projekt des Bundes“.

Norbert F. Pötzl





SPD-Politiker Brandt, CDU-Kanzler Adenauer 1959

geschlossene Dokumentation ging damals nicht in den Buchhandel, sondern verschwand als Ministeriumsdruck in einigen wenigen Regalen. Der Ergebnisband erschien überhaupt nicht, weil er den Politikern nicht genehm war. Denn darin wurde auch ausgeführt, dass es ohne das brutale Vorgehen der Deutschen nicht die grausamen Auswüchse auf der anderen Seite gegeben hätte.

Adenauer vertrat den „Rechtsstandpunkt“, dass die Frage der Ostgebiete offen sei, solange es keinen Friedensvertrag gebe; völkerrechtlich bestehe Deutschland in den Grenzen von 1937 fort. Der erste BHE-Chef Waldemar Kraft wandte sich allerdings gegen „jede Nennung einer Jahreszahl“, weil man sonst den Anspruch auf die schon nach dem Ersten Weltkrieg an Polen abgetretenen Gebiete Westpreußen, Posen und Ostoberschlesien, die ehemals Freie Stadt Danzig und das nunmehr litauische Memelgebiet sowie das Sudetenland preisgeben würde.

Je schriller die Vertriebenenfunktionäre ihre territorialen Ansprüche stellten und ihr Rückkehrrecht reklamierten, desto mehr manövierten sie ihre Verbände ins gesellschaftliche Abseits. In der öffentlichen Wahrnehmung wurden sie ab Mitte der sechziger Jahre zu ewiggestrigen Störenfriedern, die den Anliegen der Vertriebenen mehr schaden als nützten.

Als Sonntagsredner berüchtigt war Hans-Christoph Seebohm (CDU), der am längsten ununterbrochen amtierende Bundesminister (Verkehrsminister von 1949 bis 1966). Als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft forderte er 1964 ausgerechnet auf dem ehemaligen NS-Reichsparteitagsgelände in Nürnberg die „Rückgabe der geraubten sudetendeutschen Heimatgebiete“.

Der BdV samt den ihm angeschlossenen Landsmannschaften repräsentiert heute allerdings nur eine verschwindend kleine Minderheit der Vertriebenen. Offiziell wird die Mitgliederzahl mit zwei Millionen angegeben, der Historiker Später schätzt die Anzahl aktiver Mitglieder jedoch auf „höchstens noch 25 000“ – von rund 15 Millionen Deutschen, unter denen nach BdV-Definition die Nachkommen ebenfalls Vertriebenenstatus haben. Trotzdem erhebt der BdV einen Alleinvertretungsanspruch, der abweichende Meinungen auch von Schicksalsgenossen nicht gelten lässt.

Als der Frankfurter Zoodirektor und Tierfilmer Bernhard Grzimek, geboren in der schlesischen Stadt Neisse, 1960 in einer Fernsehreportage („Wiedersehen mit Schlesien“) polenfreundliche Reiseeindrücke schilderte, protestierte BdV-Präsident Hans Krüger: „Das Heimatrecht ist ein Grundrecht und kann auch nicht durch Zoologen verwässert wer-

den.“ Krüger musste 1964 wegen seiner Nazi-Vergangenheit als Vertriebenenminister zurücktreten.

„An mangelnder Heimatliebe ... lag es wahrlich nicht, dass ich mich fernhielt von jenen Leuten, die der Volksmund als Berufsflüchtlinge bezeichnete“, schrieb der aus der Tschechoslowakei ausgesiedelte Publizist Kurt Nelhiebel. Vielmehr sei er „verärgert“ gewesen, „unter den Verbandsfunktionären immer häufiger Gestalten zu entdecken, die Hitler in die Hände gearbeitet und damit den Krieg mit verursacht hatten“.

Mit ihrer Denkschrift „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ ebnete die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 1965 den Weg für eine Verständigung mit Polen. Während sich die Vertriebenenverbände empörten, förderte die Denkschrift in der Großen Koalition seit 1966 eine Neuausrichtung der westdeutschen Ostpolitik.

Kurz nach Veröffentlichung der EKD-Denkschrift luden die katholischen Bischöfe Polens ihre deutschen Amtsbrüder zur Mitfeier des Millenniums der Christianisierung ihres Landes im Jahr 1966 ein. Trotz einer „fast hoffnungslos mit Vergangenheit belasteten Lage“ boten sie in einem Brief an: „Versuchen wir zu vergessen ... Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Die deutschen Bischöfe ergriffen die ausgestreckten Hände, der BdV hingegen blieb stumm.

Die kirchlichen Initiativen trugen wesentlich dazu bei, das politische Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen zu entkrampfen. Erster sichtbarer Erfolg war der Warschauer Vertrag 1970.

Als Willy Brandt (SPD) 1969 Kanzler wurde, löste er das Vertriebenenministerium auf – ein symbolhafter Schritt, der zeigen sollte, dass die wirtschaftliche und soziale Eingliederung der Deutschen aus Ostmitteleuropa bewältigt sei.

Brandt betonte aber auch, dass „die Pflege der ostdeutschen Kultur nicht eine Sache der Verbände und Landsmannschaften“ bleiben solle; vielmehr müsse man „miteinander dafür sorgen, der ganzen Nation die kulturelle und geistige Substanz der Ostgebiete zu erhalten“. Nur so könne „im Innern gewonnen werden, was draußen verloren ging“.

„Miteinander dafür sorgen, der **ganzen Nation** die kulturelle und geistige Substanz der Ostgebiete zu erhalten.“